HESSEN SPD

vorwärts HESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN DEZEMBER 2017

POLITIK FÜR MORGEN STATT POLITIK VON GESTERN

Thorsten Schäfer-Gümbel, SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender

Mit dem Landesparteitag in Frankfurt hat die Hessen-SPD einen starken Start in den bevorstehenden Landtagswahlkampf hingelegt. Ich danke den Delegierten herzlich für das Vertrauen, das sie mir mit der Nominierung als Spitzenkandidat geschenkt haben. Mit diesem Landesparteitag haben wir gezeigt, dass die Hessen-SPD auch in bundespolitisch rauer See einen klaren Kurs hält und das Ziel nicht aus den Augen verliert.

Wir wollen mit der Landtagswahl 2018 endlich die verbrauchte, erlahmte und ideenlose CDU-geführte Landesregierung ablösen. Volker Bouffier regiert inzwischen seit 18 Jahren. Falls er je Ideen hatte, wohin sich unser Land entwickeln soll, sind ihm die völlig abhanden gekommen. Er gestaltet nicht die Zukunft, sondern begnügt sich damit, die Vergangenheit zu verlängern.

Dem stellen wir unseren neuen Hessenplan entgegen. Der steht für eine Politik, die sich an den Interessen der Vielen orientiert, die große Hoffnungen und Ansprüche an aktive Gestaltung haben. Es geht nicht um die Wenigen, die sich alles leisten können. Es geht um die Vielen, die eine bezahlbare Wohnung suchen. Es geht um die Vielen, die sich durch stundenlange Staus oder in überfüllten Bussen und Bahnen zur Arbeit quälen. Es geht um die vielen Familien, die einen happigen Anteil ihres Einkommens für Kita oder Krippe ausgeben müssen, damit ihre Kinder von guter Betreuung und früher Bildung profitieren können.

Deshalb steht die SPD für bezahlbaren Wohnraum, für moderne Mobilität und Chancengleichheit durch gebührenfreie Bildung. Hessen steht vor der Wahl: Politik für morgen mit der SPD oder Politik von gestern mit der CDU. Ich freue mich auf das nächste Jahr und einen leidenschaftlichen Wahlkampf.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich eine frohe und besinnliche Weihnachtszeit und ein glückliches neues Jahr.

Thorsten Schäfer-Gümbel

LIEBE GENOSSIN, LIEBER GENOSSE,

WIR WÜNSCHEN DIR UND DEINER FAMILIE FROHE WEIHNACHTEN, ZEIT ZUM KRAFTTANKEN UND EINEN GUTEN RUTSCH IN DAS JAHR 2018.

DEINE NANCY FAESER

UND

DEIN THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL

ARBEITEN AM HESSEN VON MORGEN

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG IN FRANKFURT

„Die meisten Hessen können sich diese Landesregierung einfach nicht mehr leisten“, eröffnete die Generalsekretärin Nancy Faeser den diesjährigen ordentlichen Landesparteitag im Kap Europa in Frankfurt. „Es geht nächsten Herbst um die Zukunft unseres Bundeslandes, darum, den Stillstand zu beenden und den Aufbruch zu organisieren. Mit Thorsten Schäfer-Gümbel haben wir die besten Chancen, nach fast zwei Jahrzehnten CDU-Herrschaft, Volker Bouffier in den Ruhestand zu schicken“, zeigte sich Faeser kämpferisch. Schäfer-Gümbel sei die überzeugende Alternative zu den verbrauchten Politikern der CDU.

Die SPD Hessen setze mit ihren Leitthemen Bildung, Mobilität und Wohnen die richtigen Akzente, bescheinigte der Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann in seinem Grußwort. Es sei längst an der Zeit für einen Wechsel. „Wir haben in Frankfurt keinen Platz für Diskriminierung und Ausländerfeindlichkeit. Die Landesregierung vertieft die Spaltung unseres Bundeslands“, erklärte Feldmann, der sich im kommenden Frühjahr zur Wiederwahl stellt. Vor allem im Bereich Wohnen forderte er eine Offensive. „Die Menschen, die sich für unser Land anstrengen, müssen auch im Mittelpunkt unserer Anstrengungen stehen“, begann schließlich Thorsten Schäfer-Gümbel seine Ansprache an die knapp 700 anwesenden Delegierten, Gäste und Neumitglieder.

Fortsetzung auf Seite 2

FOTO: PETER JULICH

Der Landesparteitag befasste sich mit Vorstandswahlen und der Wahl des Spitzenkandidaten neben der inhaltlichen Aufstellung für 2018.

PROGRAMM-MITMACHTAGE IN HESSEN

Bei insgesamt fünf Mitmachtagen in allen Teilen Hessens stellen Mitglieder der Programm-Arbeitsgruppen der SPD Hessen ihre Ergebnisse in Kleingruppen exklusiv den Mitgliedern zur Diskussion.

17.02.2018, 9:30–13 Uhr:
Sport- und Kulturhalle
Ringstraße 51–61
64319 Pfungstadt

24.02.2018, 9:30–13 Uhr:
Philipp-Scheidemann-Haus,
Holländische Straße 72–74
34127 Kassel

03.03.2018, 14–17:30 Uhr
Bürgerhaus
Butzbach
Alte Hauptstraße 30
35510 Butzbach

10.03.2018, 9:30–13 Uhr
Stadthalle
Stadtallendorf
Bahnhofstraße 2
35260 Stadtallendorf

24.03.2018, 9:30–13 Uhr
Willy-Brandt-Halle
Bürgerhaus Mühlheim
Dietesheimer Str. 90
63165 Mühlheim

Anmeldungen und Auswahl der Arbeitsschwerpunkte bitte unter:
www.spd-hessen.de/mitmachtage

ARBEITEN AM HESSEN VON MORGEN

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG IN FRANKFURT

Fortsetzung von Seite 1

Der Landesvorsitzende forderte als einen der wichtigsten Punkte, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser zu unterstützen. „Was wir brauchen, ist ein moderner, auf die Veränderungen eingehender Sozialstaat, der dessen Forderungen mit Förderung in Balance bringt“, erklärte er dazu. Eine solidarische Grundleistung solle dafür sorgen, dass die Menschen keine Angst vor Veränderungen haben müssten. Das Hessen von morgen soll sich nach Vorstellung der SPD um viele und nicht wenige, aber am Ende um den Einzelnen kümmern. „Wir haben eine Idee, einen Plan für Hessen“, sagte Schäfer-Gümbel. Und diesen wolle er nach der Landtagswahl auch umsetzen. Unterstützt wird er bei diesem Vorhaben von 94,6 % der Delegierten, die ihn zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl im kommenden Jahr wählten.

Sowohl der Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel (92,7 %) die Generalsekretärin Nancy Faeser (92,8 %), als auch die drei stellvertretenden Vorsitzenden Gisela Stang (89,7 %), Manfred Schaub (83,4 %) und Gernot Grumbach (71,8 %) wurden vom Parteitag erneut gewählt. Die Beisitzerinnen und Beisitzer sind Susanne Selbert, Sanaa Boukayeo, Michael Roth, Dr. Thomas Spies, Dr. Udo Bullmann, Torsten Warnecke, Rosa-Maria Hamacher, Kirsten Fründt, Lisa Gnadl, Patrick Krug, Timon Gremmels, Christoph Degen, Bettina Müller und Mike Josef. Verabschiedet aus dem Vorstand wurden Christine Lambrecht, Christel Sprössler, Dr. Melanie Haubrich, Hidir Karademir und Michael Siebel.

Insgesamt sieben Stunden hatte der ordentliche Landesparteitag in Frankfurt getagt, diskutiert und an dem Hessen von morgen konstruktiv gearbeitet. 2018 hat Hessen die Wahl: zwischen Volker Bouffier und Thorsten Schäfer-Gümbel. Zwischen gestern und morgen. ■

Thorsten Schäfer-Gümbel: „Wir haben einen Plan für Hessen“, erklärte der Landeschef auf dem Landesparteitag in Frankfurt.

FOTOS: PETER JÜLICH

Landesvorstand: Der Landesvorstand durfte vier neue Mitglieder in seinen Reihen begrüßen.

FÜR EINEN HESSENPLAN 2.0

LEITLINIEN FÜR DEN WEG ZUM REGIERUNGSPROGRAMM 2019-2024

Wir wollen die Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik stellen, die unser Hessen ausmachen, und die Herausforderungen angehen, mit denen sie täglich in ihrem Lebensalltag konfrontiert sind.“ Der erste Satz, der am 25. November 2017 von den Delegierten auf dem Landesparteitag in Frankfurt beschlossenen Leitlinien für das Regierungsprogramm 2019–2024, bringt es auf den Punkt: Hessen kann mehr. Deshalb braucht es einen Wechsel hin zu einer Landesregierung unter SPD-Führung. Für ein Hessen von morgen. Angelehnt an den großen Hessenplan der 1960er-Jahre unter dem ehemaligen Ministerpräsident Georg-August Zinn will die hessische Sozialdemokratie das Bundesland wieder sozial, solidarisch und zukunftsfähig gestalten. Im Mittelpunkt stehen dabei fünf zentrale Punkte: Chancengleichheit, bezahlbarer Wohnraum in den Städten, Daseinsvorsorge im ländlichen Raum, Mobilität und Digitalisierung. In all diesen Bereichen gilt es, den Reformstau von 19 Jahren CDU-geführter Landesregierungen endlich zu beenden. „Für einen Hessenplan 2.0“ ist nicht nur der Titel des Leitantrags, sondern ein Versprechen an alle hessischen Bürgerinnen und Bürger. ■

5 WOCHEN – 5 ZIELE

Unter dem Motto „Fünf Wochen – fünf Ziele für das Hessen von morgen“ stehen ab der dritten Januarwoche im neuen Jahr die zentralen Themen auf spd-hessen.de und facebook.com/spdhessen zur Diskussion. Alle Anregungen und Vorschläge von Usern werden als Ideen für den weiteren Programmprozess geprüft und ausgewertet. Über Facebook können außerdem Freunde, Bekannte und Interessierte zur Diskussion eingeladen werden. Los geht es in der Woche vom 15. Januar. Jede Woche ist dabei mit einem Kernthema belegt. Zu jedem Thema gibt es eine FacebookLive-Diskussion mit Nancy Faeser. Hier können Fragen und Diskussionspunkte direkt mit der Generalsekretärin besprochen werden. Die Termine hierfür sind der 17. Januar, 24. Januar 3. Februar, 7.Februar und der 21. Februar.

Natürlich können Anregungen zum Programm auch ganz klassisch per Brief, Fax oder E-Mail an den SPD Landesverband Hessen gerichtet werden: Rheinstraße 22, 65185 Wiesbaden, Fax: 0611 9997711. ■

HESSISCHER LESEFÖRDERPREIS

In Baunatal wurde der Hessische Leseförderpreis 2017 verliehen. Die diesjährige Veranstaltung wurde von der Stadtbücherei Baunatal ausgetragen. Mit dabei war der stolze SPD-Bürgermeister und stellvertretende Landesvorsitzende, Manfred Schaub, der den Gästen die Baunataler Bildungslandschaft bekannt machte. Ausgezeichnet wurden die Stadtbüchereien aus den sozialdemokratisch geführten Städten Oberursel und Hofheim und die Europaschule Lollar/Staufenberg. Zweck der Förderung ist es, Kinder und Jugendliche ohne Zwang für das Lesen zu begeistern. ■

FOTO: SPD-LANDESVERBAND

„EINGETRETEN BIN ICH NIE“

NEUMITGLIEDERTREFFEN IN OBERURSEL UND KASSEL

Während gerade noch das katastrophale Wahlergebnis der SPD auf Bundesebene ausgewertet, Konsequenzen gezogen und viele Gespräche geführt werden, gibt es schon wieder eine Welle an Neueintritten in die SPD. „Nicht das Ergebnis der CDU oder gar der AfD hat mich dazu veranlasst, in die Partei einzutreten – es war das Ergebnis der SPD. Seit Jahren stehe ich der SPD politisch nahe und engagiere mich in verschiedenen Gremien. In die Partei eingetreten bin ich aber nie“, erklärt ein SPD-Neumitglied auf einem der beiden Neumitgliedertreffen in Oberursel und Kassel am 5. November. Es ist ein grauer Sonntag, der nicht gerade dazu einlädt, auch nur einen Fuß vor die Tür zu setzen. Trotzdem sind viele zu den Treffen mit dem Landesvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel, der Generalsekretärin Nancy Faeser und den beiden Bezirksvorsitzenden Gernot Grumbach (Hessen-Süd) und Manfred Schaub (Hessen-Nord) gekommen. Sie alle zeichnet eines aus: Sie wollen sich einbringen, dafür, dass es wieder aufwärts geht mit der SPD. Diese Neu- und Wiedereintritte geben der SPD nicht nur Schwung, sondern auch den nötigen Antrieb, sich selbst neu aufzustellen und auf kommende Herausforderungen vorzubereiten. ■

FOTO: SPD-LANDESVERBAND

Neumitgliedertreffen in Oberursel mit Thorsten Schäfer-Gümbel und Nancy Faeser.

SOZ.IS VERNETZT SOZIS

NEUES REDAKTIONSSYSTEM FÜR HESSEN

Soz.is heißt das neue Redaktionssystem, das künftig die hessischen SPD-Gliederungen und Mandatsträgerinnen und -träger noch besser miteinander vernetzen soll. Das System basiert auf Wordpress und wurde optimiert für Politik, Wahlkampf von Ortsvereinen, Abgeordneten, Kandidatinnen und Kandidaten und von Fraktion, für Landräte, Bürgermeister und Oberbürgermeister, für Arbeitsgemeinschaften, Projektgruppen und Foren. Kurz: soz.is ist für jede und jeden, der als SPD-Repräsentant im Web mit einer eigenen Präsenz auftreten will. Seit dem 6. Dezember wird das System bereits von der SPD-Landtagsfraktion und dem SPD-Landesverband Hessen erfolgreich genutzt.

Für alle, die bereits Kunden beim alten System „hessenspd.net“ sind, gibt es bereits ein Angebot zum Umstieg. Dabei können viele der alten Daten kostenfrei übernommen und in das neue soz.is-System importiert werden. Neukunden haben die Auswahl zwischen einer Ortsvereins-Website, einer Personen-Website oder einer Personen-Website XL (für Mandatsträger und hauptamtliche Politiker). Zur Landtagswahl 2018 gibt es außerdem ein Aktionspaket für neue Kandidatinnen und Kandidaten. Weitere Informationen und auch der Bestellvorgang finden sich auf

www.soz.is.

Der Vorteil des neuen Systems ist schnell erklärt: Durch die einfachere und bessere Vernetzung der unterschiedlichen SPD-Seiten miteinander können Inhalte leichter ausgetauscht werden. Dadurch wird eine gewisse Aktualität aller vernetzten Seiten gewährleistet und sowohl Kraft als auch Zeit werden gespart, die an anderer Stelle, nämlich bei der politischen Arbeit vor Ort, viel dringender gebraucht werden. ■

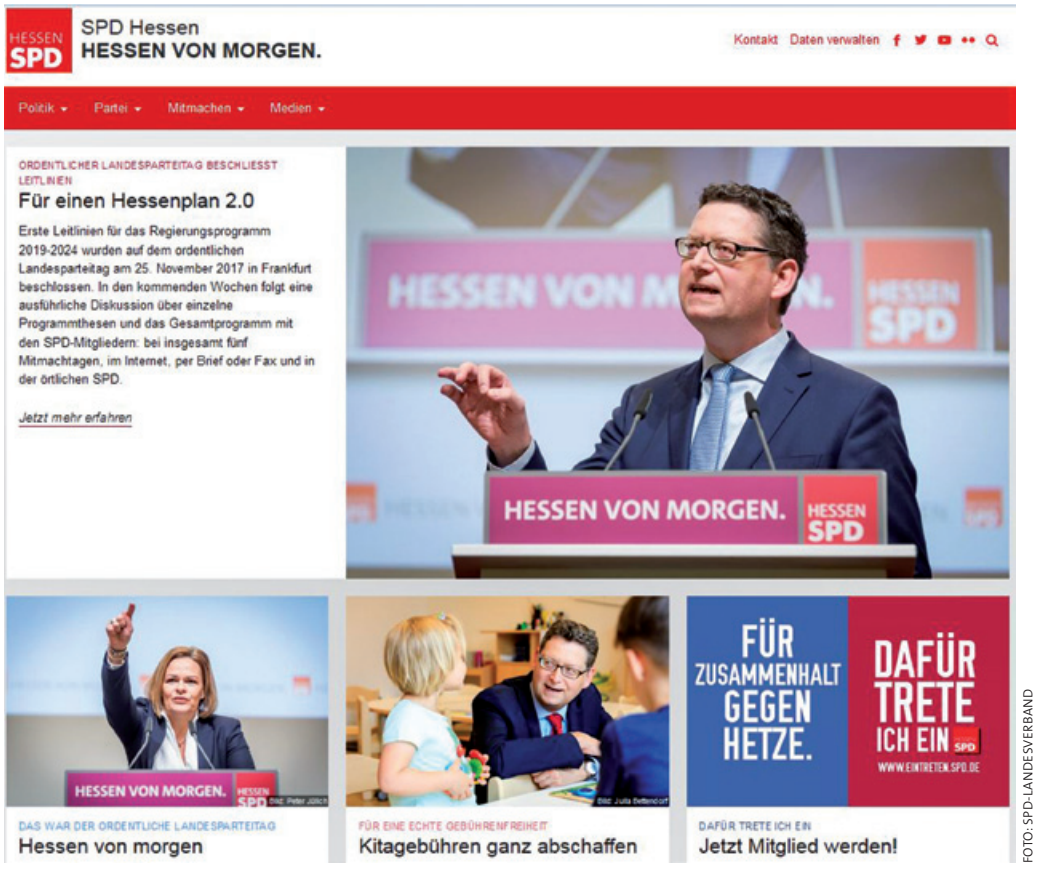


FOTO: SPD-LANDESVERBAND

Das neue Websitensystem soz.is bietet Mandatsträgern, Kandidaten und SPD-Gliederungen einfache Möglichkeiten, ihre politischen Inhalte darzustellen.

BILDUNGSSCHWERPUNKTE DER BILDUNGSTRÄGER IN HESSEN

Die Seminare und Workshops der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), der Akademie für Kommunalpolitik (AfK) und auch der Toni-Sender-Akademie (TSA) bieten im kommenden Jahr vielfältige Weiterbildungsmöglichkeiten. Die FES bietet allen voran verschiedene Rhetorik- und Kommunikationsseminare an. Insbesondere die Einbindung von Neumitgliedern und Social-Media-Seminare stehen bei der TSA im Jahresprogramm. Die AfK unter der Leitung von Kirstin Fründt, die auch zuständige Leiterin der SGK ist, beteiligt sich bei der Akademie „Auf dem Weg ins Rathaus“, welche interessierte Menschen auf das Bürgermeisteramt vorbereitet. ■

AKADEMIE „AUF DEM WEG INS RATHAUS“

Unter der Schirmherrschaft der SGK- und AfK-Vorsitzenden, der Landrätin Kirsten Fründt, des Wiesbadener Oberbürgermeisters Sven Gerich und der Hofheimer Bürgermeisterin und stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Gisela Stang wurde in diesem Jahr erstmals die Akademie „Auf dem Weg ins Rathaus“ präsentiert. An vier Tagen und an einem Wochenende sollen am Bürgermeisteramt interessierte Menschen „auf dem Weg ins Rathaus“ begleitet werden. Ihnen stehen hervorragende Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, erfahrene Trainer und zertifizierte Business-Coaches zur Seite. Dabei geht es um Wahlkampf und Strategie, die Persönlichkeit des Kandidaten als Bürgermeister, die Findung von Wahlkampfthemen und Kommunikation, Wahlkampfmaterialien und Öffentlichkeitsarbeit. Darüber hinaus dient die Akademie dem Erfahrungsaustausch und der Pflege von Netzwerken. ■

WIR GRATULIEREN

Markus Hennemann, neuer Bürgermeister von Bickenbach

Thomas Jühe, Bürgermeister von Raunheim

DIREKTWAHLEN

21.01.2018: Jan Willemsen will neuer Bürgermeister von Bad Soden am Taunus werden

21.01.2018: Ute Wiegand-Fleischhacker will neue Bürgermeisterin von Groß-Gerau werden

21.01.2018: Katharina Ebert will neue Bürgermeisterin von Mühltal werden

TERMINE 2018

2. und 3. Februar
Hessengipfel, Friedewald

17. März
Workshop für alle Wahlkreiskandidaten und UB-Geschäftsführer, Butzbach

19. April
Mitarbeiterkonvent, Stadtallendorf

17. Mai
Apfelweinanstich

9. Juni
Außerordentlicher Landesparteitag, Wiesbaden

11. August
Ortsvereins- und Fraktionsvorsitzendenkonferenz, Butzbach

HESSENGIPFEL 2018 IN FRIEDEWALD

Am 2. und 3. Februar 2018 findet der Hessengipfel in Friedewald statt. Teilnehmende der traditionellen Klausurtagung der SPD Hessen und der SPD-Landtagsfraktion sind die hessischen Abgeordneten aus Land, Bund und Europa, die Mitglieder des Landesvorstands, des Gewerkschaftsrats und der beiden Bezirksvorstände, die Vorsitzenden der Unterbezirke sowie Vertreterinnen und Vertreter aus der Kommunalpolitik.

Die Klausur des Jahres 2018 ist mit dem Thema „Hessen von morgen" überschrieben. Am Freitagabend wird der Erste Bürgermeister der Stadt Hamburg, Olaf Scholz, zu Gast sein, der in seinem Beitrag den Schwerpunkt auf das Thema Wohnen legen wird. Und auch am Samstag wird mit Andrea Nahles eine prominente Bundespolitikerin in Friedewald begrüßt. Das Hauptthema der Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bundestag wird die Zukunft der Arbeit sein. ■

FOTO: SASCHA RHEKER

Auf dem Hessengipfel 2017 war unter anderem der BKA-Chef Holger Münch zu Gast.

GEMEINSAM WAHLEN GEWINNEN

ORTSVEREINS- UND FRAKTIONSVORSITZENDENKONFERENZ

Am 28. Oktober fand die dritte Ortsvereins- und Fraktionsvorsitzendenkonferenz der SPD Hessen in Gießen-Allendorf statt. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel begrüßte die rund 300 Genossinnen und Genossen mit einer Rede über das „Hessen von morgen", in der er die Marschrichtung für das kommende Jahr vorgab. „Wir müssen Hessen zukunftsfähig gestalten", appellierte er. In den 1960er-Jahren hatte bereits Georg-August Zinn mit seinem großen Hessenplan dafür gesorgt, dass Hessen langfristig prosperierend aufgestellt wurde. Nun gelte es, einen Hessenplan 2.0 zu entwickeln, um Hessen weiter nach vorne zu bringen und alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen.

FOTO: SPD-LANDESVERBAND

Insgesamt wurde fünf Stunden konstruktiv auf der Konferenz gearbeitet.

Am Nachmittag stand schließlich die Vorbereitung der Landtagswahl 2018 im Mittelpunkt. Generalsekretärin Nancy Faeser und Landesgeschäftsführer Dr. Wilfried Lamparter gaben Einsicht in den Planungsstand und einen Überblick über die Fristen bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten zur Landtagswahl. Bereits erste Tools für den bevorstehenden Wahlkampf wurden präsentiert, die die Arbeit der Wahlkampfhelferinnen und Wahlkampfhelfer erleichtern sollen. Zudem wurden erste Eindrücke des neuen Web- und Redaktionssystems soz.is vorgeführt, auf das auch der Landesverband im Dezember gewechselt ist. Die Botschaft bei diesen von der Landespartei gestalteten Teilen der Konferenz: Wahlen lassen sich nur gemeinsam gewinnen. Und das beginnt bereits viele Monate vor dem eigentlichen „Wahlkampf". In diesem Zusammenhang stellten zum Abschluss Teilnehmende der Ortsvereins- und Fraktionsvorsitzendenkonferenz ihre „Best Practice"-Beispiele aus dem Wahlkampf vor. ■

SPENDEN-AUFRUF

Vor wenigen Tagen haben wir den Grundstein für unser Regierungsprogramm 2019–2024 gelegt. Gemeinsam haben wir Ideen für unser Hessen von morgen entwickelt. In den kommenden Monaten werden wir in der Diskussion mit unseren Mitgliedern weiter daran arbeiten. Doch das Regierungsprogramm ist nur einer der vielen Punkte, die uns im Landtagswahljahr 2018 beschäftigen werden. Vor uns liegt ein intensives Jahr mit vielen Veranstaltungen, um für unsere Ideen für Hessen zu werben und den Landtagswahlkampf wirkungsvoll zu organisieren. Dafür braucht es auch wieder eine zusätzliche finan-zielle Ausstattung. Wir bitten Euch deshalb in diesem Jahr um Eure großzügige Unterstützung unserer Arbeit. Wir wollen uns bereits im Voraus für Eure Spende bedanken und wünschen Euch einen friedlichen Ausklang des Jahres und einen guten Start in das Jahr 2018. Hier die Kontodaten:

SPD-Landesverband Hessen
IBAN: DE83 5105 0015 0111 1661 10
Nassauische Sparkasse

„DIREKT-WAHLEN"

Knapp 30 Seiten umfasst die neue Broschüre „Direktwahlen" der hessischen SPD. Darin findet sich alles zum Angebot des Landesverbands – von der Beratung bis hin zu einer großen Materialauswahl. Die Broschüre richtet sich an Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und des Landrats. Inhalte sind die Vorstellung der Akademie „Auf dem Weg ins Rathaus", die Beratung durch ein wahlkampferfahrenes Team, die Erstellung von Wahlkampfmaterialien im Gestaltungsportal, des Mobilisierungsplaners und damit der Tür-zu-Tür-Wahlkampf. Außerdem werden Tools für den Wahlkampf im Web vorgestellt. Das vor rund einem Jahr etablierte Referat für Direktwahlen und Wahlkampfmanagement setzt damit seine erfolgreiche Arbeit fort. Die Neuauflage wird voraussichtlich ab Januar 2018 über den SPD-Shop zu bestellen sein. ■

„EIN GROßER WURF FÜR DIE KLEINEN!“

Die SPD-Fraktion hat einen Gesetzentwurf zur Qualitätsverbesserung und zur vollständigen Gebührenbefreiung für die Kinderbetreuung in den Hessischen Landtag eingebracht. Thorsten Schäfer-Gümbel und Gerhard Merz, der Vorsitzende und der sozial- und familienpolitische Sprecher der Fraktion, präsentierten den Entwurf der Öffentlichkeit. Der Entwurf sieht den Wegfall der Elternbeiträge bei allen Betreuungsangeboten für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr vor. Der zweite Baustein im Betreuungskonzept der SPD ist eine Verbesserung der Betreuungsqualität. Zudem sieht der Gesetzentwurf vor, die Kommunen schrittweise von den Kosten für die Kinderbetreuungseinrichtungen zu entlasten. Ab 2022 trägt danach das Land zwei Drittel der Kosten. „Das ist ein großer Wurf für die Kleinen in unserem Land und für die Eltern“, sagte Schäfer-Gümbel bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs. Die SDP liefere, was sie versprochen habe und was die schwarz-grüne Stillstandskoalition nicht hinbekomme. Das unterscheide die SPD und ihre Familienpolitik von der Landesregierung, die eine Gebührenbefreiung nur simuliere und in Wahrheit die Kosten auf die Kommunen abwälze. Merz erläuterte, dass die im Gesetzentwurf vorgesehene personelle Aufstockung in den Krippen und Kindergärten die individuelle Betreuung der Kinder verbessere. „Dadurch, dass wir personelle Zuschläge für bestimmte Aufgaben einführen sowie für Ausfallzeiten durch Krankheit, Urlaub und Fortbildung erhöhen, wird die Arbeit in der Kinderbetreuung außerdem attraktiver. Das ist ein wichtiger Punkt in dem Bemühen, für unsere Kleinsten die Besten zu finden“, sagte Merz. ■

GRAFIK: MARTINA HÄUSL-DAVID

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

Präsentierten den Gesetzentwurf: Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL (links) und Gerhard Merz, MdL (rechts).

- **Wegfall der Elternbeiträge bei allen Betreuungsangeboten für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr.**
- **Verbesserung der Betreuungsqualität.**
- **Schrittweise Entlastung der Kommunen von den Kosten für die Kinderbetreuungseinrichtungen.**

WOHLTATEN MIT FREMDEM GELD

Aufgrund der schlechten finanziellen Ausstattung der hessischen Kommunen durch die schwarz-grüne Landesregierung hat der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Norbert Schmitt, CDU und Grüne scharf attackiert. „Schwarz-Grün verklärt die eigene, mangelhafte Arbeit, die wenig mit der wirklichen Lage der Kommunen in Hessen zu tun hat“, sagte Schmitt in der Landtagsdebatte als Erwiderung auf die Regierungserklärung von Finanzminister Schäfer. Schmitt erinnerte daran, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young in ihrer Kommunalstudie vom September 2015 die Situation der Hessen-Kommunen wie folgt zusammengefasst habe: „Finanzlage desolat, keine Verbesserung in Sicht, massives Drehen an der Gebührenschraube.“ Das sei der objektive Befund der Situation der hessischen Kommunen. „Die Bertelsmann-Stiftung hat vor wenigen Wochen in ihrem Kommunalen Finanzreport 2017 resümiert, dass Hessen zu den bundesdeutschen ‚Krisenregionen der Kommunalfinanzen‘ gehört“, sagte der Finanzexperte. „Tatsache ist und bleibt, dass bis zum Jahr 2000 die hessischen Kommunen in ihrer Gesamtheit die drittgeringsten Defizite pro Kopf in Deutschland hatten. Mit Regierungsübernahme durch die CDU verschlechterte sich aber Jahr für Jahr ihre Situation. Mittlerweile haben die hessischen Kommunen die dritthöchsten Defizite in Deutschland. Die hessischen Kommunen wurden durch die CDU vom Spitzenreiter zum Absteiger gemacht“, so der SPD-Abgeordnete. Alleine zwischen den Jahren 2009 und 2015 seien 7,8 Milliarden Defizite und damit Schulden bei den hessischen Kommunen entstanden, weil das Land die Kommunen unzureichend finanziert habe. Verursacher der Defizite und der Verschuldung sei damit eindeutig das Land Hessen unter Führung der CDU gewesen. „Es ist deshalb nur recht und billig, wenn der Verursacher auch den eingetretenen Schaden ersetzt. Der Dieb, in dem Fall die schwarz-grüne Landesregierung, bringt also das Geklaute wieder zurück. Aber er räumt dabei die Wohnung wieder aus. Denn die Kommunen werden – wie schon beim sogenannten Schutzschirm – wiederum zum überwiegenden Teil zur Finanzierung herangezogen“, kritisierte Schmitt.

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

Norbert Schmitt, MdL, sprach die schlechte finanzielle Lage der hessischen Kommunen in der Plenardebatte schonungslos an.

Nach einer Präsentation des Finanz- und des Innenmisters sollten die Kommunen 80 Prozent der Kosten der Hessenkasse zahlen. Das sei inakzeptabel und müsse korrigiert werden. „Mit fremden Geldern kann man gut und gerne Wohltaten verkündigen, dies hat mit eigenen Anstrengungen nichts zu tun“, so der SPD-Abgeordnete. ■

SCHWARZ-GRÜN MAUERT

In den Bemerkungen 2016 hat sich der Hessische Rechnungshof kritisch zur Stiftungstätigkeit der schwarz-grünen Landesregierung geäußert. Die für das Stiftungswesen zuständige Abgeordnete Ulrike Alex schloss sich der Kritik an: „Bei der Hessischen Kulturstiftung beispielsweise ist das Realvermögen geschrumpft. Die SPD hat zum Stiftungsgebaren des Landes bereits im Dezember 2016 eine parlamentarische Anfrage gestellt.
Die Landesregierung mauert, und es ist offensichtlich, dass sie die entsprechenden Zahlen noch nicht an die Öffentlichkeit gelangen sollen.“ ■

PRAXISTAG AUF DEM RHEIN-MAIN-AIRPORT

FOTO: ANDREAS MEINHARDT, FRAPORT

Kommunikation ist auf dem Vorfeld unerlässlich: Wolfgang Decker, MdL.

FOTO: ANDREAS MEINHARDT, FRAPORT

Gerald Kummer, MdL, beim Beladen eines Flugzeugs.

FOTO: SABINE EDER, FRAPORT

Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL, hatte beim sogenannten Pushback, bei dem ein Flugzeugschlepper das Flugzeug rückwärts aus der Parkposition schiebt, alles im Griff.

Im Rahmen der Reihe „Der Praxistag" hatten die Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion wieder einen ungewöhnlichen Arbeitstag absolviert. Beim mittlerweile neunten Praxistag der SPD-Fraktion waren sie einen Tag lang auf dem Frankfurter Flughafen tätig und haben dort die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den verschiedensten Bereichen des Airports kennengelernt. ■

FOTO: ANDREAS MEINHARDT, FRAPORT

Marius Weiß, MdL, bei seiner schweißtreibenden Arbeit beim Entladen einer Maschine.

FOTO: SABINE EDER, FRAPORT

Das Entfernen von Griff- und Trittspuren an den Glasflächen im Terminal 1 war fest in der Hand von Turgut Yüksel, MdL.

FOTO: SABINE EDER, FRAPORT

Während des Praxistags erhielt Nancy Faeser, MdL, Einblick in die Arbeit der Terminal Duty Manager.

FOTO: ANGELIKA LÖBER, MDL

Die Aufgaben der Flughafen-Feuerwehr standen für Angelika Löber, MdL, und Sabine Waschke, MdL, im Mittelpunkt.

VORLESETAG 2017

FOTO: THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL

Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL, nutzte den Vorlesetag zum Besuch in der Kita in Laubach, wo er unter anderem aus dem Buch „Das Apfelmäuschen" vorgelesen hat.

FOTO: HEIKE HOFMANN

Die Abgeordnete Heike Hofmann, MdL, war in der städtischen Kita in Weiterstadt-Schneppenhausen zu Gast und las den Kindern aus „Der blaue Autobus" von James Krüss, vor.

FOTO: MARIUS WEISS

Die Schülerinnen und Schüler der Rabenschule in Hünstetten konnten sich über einen Besuch von Marius Weiß, MdL, freuen, der aus „Nickel und Horn" vorlas.

FOTO: LISA GNADL

„Die Welt bei uns zu Hause" brachte Lisa Gnadl, MdL, den Kindern in der Karoline-von-Günderrode-Schule in Altenstadt-Höchst mit.

HEBAMMEN-MANGEL

In einem von der SPD-Fraktion initiierten Workshop zum Hebammenmangel hat die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Dr. Daniela Sommer, erneut auf die dramatische Situation im Bereich der Geburtshilfe hingewiesen. „Dank des Drucks der Verbände und uns hat sich die Landesregierung nun endlich dazu durchgerungen, im Rahmen einer statistischen Erhebung die Situation in Hessen zu durchleuchten. Wir werden darauf drängen, dass dies schnell geschieht", sagte Dr. Sommer nach der Veranstaltung. ■

FOTO: CHRISTIAN NAGELER

VERFASSUNGSSCHUTZKONTROLLE MANGELHAFT

Für die Neuausrichtung des Landesamtes für Verfassungsschutz haben CDU und Grüne einen Gesetzentwurf vorgelegt, den die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Nancy Faeser, für die dadurch gegebene unzureichende parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes kritisierte. Zudem bemängelte sie die Regelungen zur Onlinedurchsuchung. „Der Verfassungsschutz in Hessen muss einer wirksamen Kontrolle unterworfen sein. Dieses Ziel wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht erreicht. Das Gesetz ist geprägt von Misstrauen gegenüber dem frei gewählten Parlament. Bei der Pflicht zur Unterrichtung durch die Landesregierung fehlt nach wie vor eine Stärkung der Kontrollrechte. Es kann nicht sein, dass die Landesregierung Art und Umfang der Unterrichtung bestimmt und nicht die Parlamentarier", so die SPD-Innenexpertin. Für die SPD sei es wichtig, dass die Eingriffsbefugnisse des Verfassungsschutzes klar und eindeutig geregelt und die strengen Vorgaben des Grundgesetzes eingehalten werden. „Probleme sehen wir insbesondere bei der Onlinedurchsuchung. Die Regelung geht außerordentlich weit und orientiert sich ausgerechnet am bayerischen Verfassungsschutzgesetz – wie die Grünen das mittragen können, ist mir ein Rätsel. Uns erschließt sich nicht, warum der Verfassungsschutz in Hessen so weit und mit so wenig Kontrolle in den Kernbereich der privaten Lebensführung eindringen dürfen soll. Denn – das scheint hier völlig in Vergessenheit geraten zu sein – der Verfassungsschutz arbeitet präventiv. Wenn eine akute Gefährdungslage vorliegt, dann sind die Polizeibehörden zuständig. Und die haben ausreichende Befugnisse, auch im Fall einer terroristischen Bedrohung, dafür wurde ja gerade erst das BKA-Gesetz erweitert", so die Innenexpertin. ■

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

Nancy Faeser, MdL

LÄRMPAUSEN ALS PLACEBO

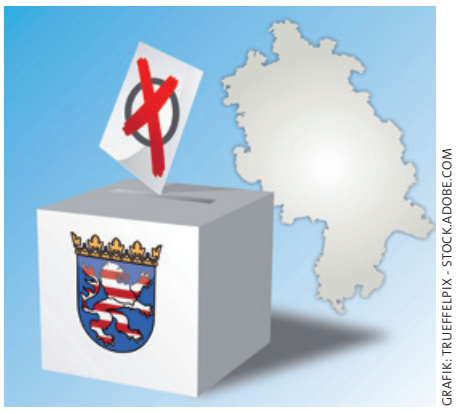
Nach der Vorstellung des Ergebnisses der Verhandlungen über eine Lärmobergrenze am Frankfurter Flughafen durch die Landesregierung hat sich der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Thorsten Schäfer-Gümbel, für eine verbindliche Lärmobergrenze ausgesprochen. Die freiwillige Lärmobergrenze, die von den Beteiligten jederzeit aufgekündigt werden könne, sei nicht mehr und nicht weniger als ein Placebo. Außer Überschriften sei nichts vorgelegt worden. „Maßnahmen sind nicht erkennbar. Die jetzt vereinbarte Lärmreduzierung ist im Kern längst erreicht, zusätzliche Maßnahmen jenseits der bisherigen Investitionsprogramme der Airlines sind nicht vorgesehen", sagte Schäfer-Gümbel. Die Landesregierung sei sich sicherlich der Tatsache bewusst, dass diese Vereinbarung kein großer Wurf sei. Die SPD fordere, auch für die Nacht eine Obergrenze für die Lärmbelastung einzuziehen. ■

FOTO: GERT-UWE MENDE

Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL (links)

MASSIVE KRITIK AN LANDTAGSWAHLGESETZ

Auch in der Zweiten Lesung des Gesetzentwurfes zur Reform des Landtagswahlgesetzes haben CDU und Grüne an dem Entwurf trotz massiver Kritik festgehalten. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Günter Rudolph, hatte die Regierungsparteien wiederholt aufgefordert, den Gesetzentwurf zurückzuziehen. „Die im Innenausschuss durchgeführte Anhörung zum eingereichten Gesetzentwurf wurde von nahezu allen Sachverständigen, aber insbesondere auch von den Bürgermeistern der betroffenen Kommunen als zum Teil verfassungswidrig und nach willkürlichen Gesichtspunkten aufgestellt, abgelehnt. Selten hat eine Anhörung eines Gesetzentwurfes eine so vernichtende Kritik erlebt und ist durchgefallen wie dieser“, so Rudolph. Durch die Veränderung der Bevölkerungszahlen sei eine Neuordnung der Landtagswahlkreise notwendig. Dies mache man in einem nachvollziehbaren und transparenten Verfahren. Die SPD-Fraktion schließe sich ausdrücklich der Stellungnahme des Innenministers von April dieses Jahres an, in dem er vorschlägt, aufgrund aktueller und vor allem neuerer Zahlendaten zu Beginn der neuen Landtagswahlperiode tätig zu werden. Die SPD schlage dafür die Einsetzung einer Wahlkreiskommission vor. Wer dreieinhalb Jahre die Notwendigkeit zur Reform der Landtagswahlkreise nicht erkannt habe, den Sachverhalt sozusagen verpennt, dürfe jetzt nicht in einem „Hauruckverfahren“ nach parteipolitischen Gesichtspunkten die Änderung der Landtagswahlkreise vornehmen. ■



GRAFIK: TRUEFFELPIX - STOCK.ADOBE.COM

Die nächste Landtagswahl findet wahrscheinlich im Herbst 2018 statt.

KRITIK AN SCHWARZ-GRÜNER KOMMUNALFEINDLICHKEIT

Das Konzept der SPD-Landtagsfraktion für eine gebührenfreie Bildung von Anfang an und die Kritik an der kommunalfeindlichen Politik der Landesregierung standen im Fokus der Fraktions- und Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz in Gießen-Allendorf am 28. Oktober. Thorsten Schäfer-Gümbel unterstrich, dass der Dreiklang von gebührenfreier Betreuung für Krippen- und Kita-Kinder, Qualitätsverbesserung und Entlastung nicht weniger als „eine Revolution im Bereich der Kinderbetreuung“ sei. Die Hofheimer Bürgermeisterin und stellvertretende Landesvorsitzende Gisela Stang sieht die SPD damit „an der Seite der Erzieherinnen und Erzieher im Kampf für eine bessere Qualität der Kinderbetreuung“. Zudem setze die SPD auf die Entlastung der Kommunen, während die Schwarz-Grün für deren Belastung stehe und damit für die Devise „Grundsteuer hoch“, was letztendlich die Bürgerinnen und Bürger zu zahlen hätten. ■

Dr. Karl-Hermann Breyer äußerte Kritik an der Finanzierung der schwarz-grünen Pläne über den kommunalen Finanzausgleich.

Leonie Theuerkauf bemängelt fehlende Betreuungsplätze an Grundschulen.

Susanne Kassold schlug vor, die frühkindliche Bildung als Landesaufgabe zu betrachten.

Ute Ic fordert Maßnahmen gegen den Personalmangel an Kitas.

FOTOS: GERT-UWE MENDE

THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL AUF HERBSTTOUR

Im Rahmen seiner Herbsttour hat Thorsten Schäfer-Gümbel Unternehmen in Hessen besucht und ist der Frage nachgegangen, wie die Energie- und Mobilitätswende zusammenhängen und wo die Chancen für ein innovatives und wirtschaftlich starkes Hessen liegen. Unter anderem führte ihn die Tour auch nach Frankfurt in das Post-Lieferzentrum im Frankfurter Stadtteil Rödelheim. Dabei nutzte Thorsten Schäfer-Gümbel die Gelegenheit und testete ein emissionsfreies Auslieferungsfahrzeug, welches die Post mit ihrer eigenen Firma „StreetScooter“ entwickelte. ■

FOTO: MILENA STUHLMANN

Thorsten Schäfer-Gümbel nutzte die Gelegenheit und testete den StreetScooter persönlich.

„MASTERPLAN WOHNEN“ UNWIRKSAM

Die Vorstellung des sogenannten „Masterplan Wohnen“ durch die Landesregierung, der angeblich neue Instrumente zur Linderung der dramatischen Wohnungsnot in den Ballungsräumen des Landes, vor allem im Raum Frankfurt/Rhein-Main, enthalte, begleitete der wohnungsbaupolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Michael Siebel mit Kritik. Nach Durchsicht des Masterplans sagte Siebel: „Die Ministerin kündigt wieder einmal viel an und hofft, dass andere etwas tun. In diesem Fall sollen die Kommunen und private Bauinvestoren mit zusätzlichen Fördergeldern dazu bewegt werden, mehr Wohnraum zu schaffen.“
Das Problem liege gerade im Raum Frankfurt darin, dass seit Jahren deutlich mehr bestehende Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung herausfielen als neu gebaut würden, so Siebel. Während allein von 2013 bis 2015 die Mietpreisbindung für rund 15.000 Sozialwohnungen in Hessen geendet habe, entstünden jährlich bloß 2.000 geförderte Wohnungen neu. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

Redaktion:
Gert-Uwe Mende (verantwortlich)
Dr. Wilfried Lamparter
Michael Fraenkel
Gerfried Zluga-Buck
Isabel Neumann
Martina Häusl-David
Willy Witthaut
Milena Stuhlmann
Christian Nageler

Anschrift:
Schlossplatz 1–3
65183 Wiesbaden